

Woher sollen die schönen Schmetterlinge kommen, wenn die hässlich erscheinenden Raupen zertreten werden? Eine erfahrungsbasierte Mobbing-Analyse

Hintergrund

Vor 14 Tagen, am Freitagnachmittag des 8. Mai 2020 (Jahrestag der Befreiung) hat ein hochrangiger Beamter (Oberregierungsrat Stephan K.) aus der Abteilung K4 des Bundesinnenministeriums (BMI), das sich mit dem Krisenmanagement der kritischen Infrastruktur des Landes befasst, vermeintlich im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit um 14.34 Uhr per E-Mail mit dem Briefkopf des Ministeriums einen kritischen Text verschickt, der wachrütteln sollte (Die Corona-Maßnahmenbewertung KM 4 – 51000/29#2). Daraufhin wurde er umgehend vom Dienst suspendiert, weil er angeblich nicht dazu befugt war, im Namen des BMI aufzutreten. Überschriften ist der Bericht in großen roten Lettern:

„Interne Analyse KM 4 ergibt:

- Gravierende Fehlleistungen des Krisenmanagements
- Defizite im Regelungsrahmen für Pandemien
- Coronakrise erweist sich wohl als Fehlalarm“.

Dann heißt es an die Kolleginnen und Kollegen gerichtet: „Im Vorgriff auf eine nach der Krise zu unternehmende Evaluation hat KM 4 über die letzten Wochen krisenbegleitend eine intensive Analyse und Auswertung des Krisenmanagements aus der Perspektive der hiesigen Zuständigkeit für den Schutz Kritischer Infrastrukturen vorgenommen. Dabei wurden schwerwiegende **Defizite im Regelungsrahmen für Pandemien** diagnostiziert sowie **Fehlleistungen im handwerklichen doing des Krisenmanagement**. Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen darüber hinaus keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, dass es sich – bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesamtgesellschaft – um mehr als **um einen Fehlalarm handelt**.“

Überzogene Kritik?

Das Papier ist zuerst an die Leitungsebene des Innenministeriums, also an diejenigen Beamten, die Innenminister Horst Seehofer direkt unterstellt sind, gegangen, ohne dass der Bitte entsprochen wurde, diesen direkt zu informieren. Eine Stunde später dann an Vertreter der 16 Landesinnenministerien. Am Wochenende fand es seinen Weg in die Öffentlichkeit (siehe beispielsweise unter <http://www.klimaev.de/downloads/Corona-Ma%DFnahmenbewertung.pdf>). Da nicht nur Regierungsvertreter, sondern auch die Medien kritisiert werden, hätte K. bedenken müssen, dass er sich damit zwangsläufig zur Zielscheibe von vielen Andersdenkenden macht, wenn er schreibt:

„Die Rolle der Bundeskanzlerin, die einer gesonderten Untersuchung bedarf, war vielfach nicht transparent, vielleicht sogar missverständlich, aber bei den Medien und der Bevölkerung kam das Agieren der Kanzlerin gut an. Dieser Komplex müsste aus drei Gründen näher untersucht werden: 1. Publikumsgefallen ist keine Garantie und noch nicht einmal überhaupt ein Kriterium für richtige Entscheidungen. Mit ihm kommt ein sachfremder Motivator ins Spiel, der anfällig für Fehlentscheidungen macht. 2. Übergroße Zustimmung und Akzeptanz selbst für Unsinn erzielen zu können, birgt eine große Gefahr für unser Gemeinwesen in sich. 3. Die nahezu durchgängige positive Resonanz der Medien insbesondere auf jegliche Aktivität der Bundeskanzlerin, egal was sie gerade ankündigte und wie und mit welchem Timing sie ihre Haltung zu bestimmten Fragen als alternativlos darstellte oder auch änderte,

bestätigt leider negative Vorurteile über die Presse. Als Korrektiv für Fehlentwicklungen z.B. in einem suboptimalen Krisenmanagement scheint der übergroße Teil der (freien) Presse mehr oder weniger unbrauchbar. Aus gesamtstaatlicher Sicht muss das als Warnsignal angesehen werden. Es empfiehlt sich sehr, bei künftigen Anpassungen der rechtlichen oder Rahmenbedingungen auf eine wieder größere Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit hinzusteuern. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Presse die Regierung geschlossen massiv einseitig und ungerecht kritisierte, und durch ihren Einfluss eine politische Machtveränderung einfach auslösen könnte, dürfte gegen null gehen. Die Gefahr, dass die Bevölkerung alles glaubt, was sie von den meisten Medien serviert bekommt, und sich dies unkritisch zu eigen macht, liegt sehr hoch.“

Dass es Menschen bekanntermaßen völlig unmöglich ist, andauernd fehlerfrei zu arbeiten, berücksichtigt der Autor im Rahmen seiner Kritik durchaus mit folgenden Worten: „Fehler werden in einem komplexen Krisengeschehen immer gemacht. Es kommt darauf an, wie mit den Fehlern umgegangen wird und ob noch im laufenden Verfahren flexibel nachanalysiert und die Strategie wo nötig korrigiert wird. Im Übrigen gibt es vermeidbare und unvermeidbare Fehler. Bei unzureichender Datenlage diejenige Auswahlentscheidung zwischen zwei ähnlich plausiblen Handlungsoptionen zu treffen, die sich im Nachhinein als falsch erweist, ist ein unvermeidbarer Fehler. Sich nicht ausreichend sorgfältig und vorausschauend um aussagekräftige Daten für eine plausible Risikoeinschätzung zu kümmern und dann falsche Entscheidungen zu treffen, ist ein vermeidbarer Fehler, der zu einem unverzeihlichen wird, wenn um das Gesicht zu wahren an falschen Entscheidungen festgehalten wird.“

Zum Mobbing freigegeben

In seinem Buch von 1993 „Mobbing: Psychoterror am Arbeitsplatz und wie man sich dagegen wehren kann“ hat der Arbeitswissenschaftler Heinz Leymann in zahlreichen Fallbeispielen beschrieben, wie Menschen in den Teufelskreis Mobbing geraten können, aus dem es kein Entrinnen gibt. Hinsichtlich Politik- und Medienschelte ist die Wahrscheinlichkeit nicht gerade klein, dass die Vorwürfe mit der spitzen Feder beleidigter Schreiber harsch abgewiesen werden und zu systematischem Mobbing führen. Dementsprechend titelte am 14.5.2020 DER TAGESSPIEGEL: „So reagiert die SPD auf die Irrfahrt des Stephan Kohn“. Mit anderen Worten: Jetzt ist er zum Abschuss freigegeben. Er darf gemobbt werden. Ihm wird vorgeworfen werden, mit Verschwörungstheoretikern zu sympathisieren. Anstatt derartigen Spinnern reichlich Nahrung zu geben, indem man im BMI jede Transparenz vermissen lässt, wäre aus meiner Sicht sinnvoll, sich mit dem Inhalt offen auseinanderzusetzen und gut belegte Fakten nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Nach meiner Erfahrung befördern skrupellose Machthaber eine noch so hervorragende, „aber nicht in den Kram passende“ Arbeit kurzerhand in den Papierkorb, selbst wenn alle aufgeführten Argumente schlüssig und überzeugend dargelegt worden sind. Hier muss meines Erachtens dringend gegengesteuert werden. Aus dem Umgang mit der Coronakrise für die Zukunft zu lernen ist noch nicht zu spät. Insofern fühle ich mich gefordert, als Mobbingexperte auf eine mögliche WIN-WIN-Situation hinzuweisen: Als ich mich, ein Naturwissenschaftler, im Rahmen einer Hochschulassistentur vor 40 Jahren in der biochemischen Psychoserecherche habilitieren wollte, glaubte ich noch, absolut korrekt gegen festgestellte Missstände vorgehen zu müssen. Im neurochemischen Labor der psychiatrischen Klinik des Universitätsklinikums Hamburg Eppendorf (UKE) hatte ich fünf weltweit publizierte Befunde zu biochemischen Markern für Schizophrenie nachuntersucht und widerlegt. Mit einem 1980 herausgegebenen

Diskussionspapier unter dem Titel „Schizophrenie, eine Krankheit des Menschen, aber auch seiner Wissenschaft“ kritisierte ich, dass ein übergroßer krankender Anteil der Wissenschaft heilbar wäre, wenn dem Einfluss einer expandierenden Flut unausgegorener Einzelheiten Einhalt geboten würde. Die Existenz funktionsfähiger Systeme beruhe darauf, dass trotz irreversibel auseinanderstrebender Prozesse Fließ-Gleichgewichtszustände stabilisiert würden mittels Dämpfung durch Rückkopplung. Mit einer Genesung der kranken Wissenschaft könne erst gerechnet werden, wenn Versorgungsdenken und andere egoistische Tendenzen in den Hintergrund träten und in offener und durchaus strittiger Diskussion eine interdisziplinäre Abstimmung der Projekte erfolgen würde. Niemand dürfe sich so abschotten können, dass er trotz fehlerhaften Vorgehens unangreifbar und unkorrigierbar würde. Daraufhin wurde ich überraschend gewarnt: Im Universitätsklinikum ginge es weniger um wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern vielmehr um Reputation. Deshalb dürfe ich es mir als Außenseiter nicht vor Ort mit den mächtigen Medizinern verderben. Plötzlich wurde ich feindselig angeblickt. Diskussionsbeiträge ernteten wegwerfende Gesten. Ein Professor sagte: „Ich sehe das anders und habe Wichtigeres zu tun“. Wie berechtigt die damals vorgebrachte Kritik im Grunde auch heute noch ist, ergibt sich aus der weiterhin bestehenden Feindseligkeit im medizinischen Dekanat trotz jahrelang erfolgreicher und heimlich wertgeschätzter Tätigkeit für das UKE. Die Kunst besteht letztlich darin, unterschiedliche Interessen zu erkennen und zu respektieren, ohne sich zerbrechen oder verbiegen zu lassen.

Erfahrungshintergrund 40 Jahre Verpuppungsstadium

Indem ich mein Habilitations-Ansinnen zunächst ruhen ließ, veranstaltete ich in den Jahren 1981 - 1985 im Seminarraum der Psychiatrie einen Diskussionskreis Hirnforschung. Ich suchte den Dialog mit allen Institutionen, in denen es um die Untersuchung der Gehirnfunktionen ging. Zunächst achtete ich gar nicht darauf, dass die meisten Institutsdirektoren nicht selbst am Diskussionskreis teilnahmen, sondern ihre Mitarbeiter schickten. Erst als der Leiter des Instituts für klinische Chemie einen Abwerbungsversuch unternahm, wurde ich hellhörig. Er könne zwar meine Loyalität gegenüber dem Chef des neurochemischen Labors verstehen, aber für eine angestrebte Karriere wäre das doch abträglich. An seinem Institut dürfe man bereits bei einem Alter von Mitte 30 mit einer Professur rechnen. Dabei spielte er demonstrativ mit einem dicken Packen Geldscheinen, den er aus seiner Jackentasche zog. Zu diesem Zeitpunkt stand aber meine Entscheidung längst fest, mit anspruchsvollen Laboruntersuchungen Ansatzpunkte einer biochemischen Psychiatrie finden zu wollen. Es gab einen guten Grund, nicht den Weg des geringsten Widerstands zu wählen und sich durch einen renommierten Professor fördern zu lassen. Dieser bestand in einer täglichen Gesprächsrunde beim Nachmittagstee, an der neben den Doktoranden des Öfteren auch einige kluge Psychiater teilnahmen. Meistens ging es darum, über die verschiedensten Fragen der Lebensbewältigung zu diskutieren. Ich lernte, dass neben wenigen erstklassigen Professoren zunehmend falsch spielende zweitklassige das Sagen hätten und zu ihrem eigenen Schutz eher drittklassige Mitarbeiter beschäftigen würden. Dabei fiel immer wieder einmal der Satz: „Hier hilft nur noch die Bombe. Plattmachen und woanders neu aufbauen.“ Daher resultierte mein Einwand: „Man darf die hässliche Raupe doch nicht zertreten, wenn man den schönen Schmetterling haben will, sondern müsse ein Verpuppungsstadium ermöglichen“.

Verfehlte Habilitation

Um meine Kompetenz zu dokumentieren, schrieb ich in der Zeitschrift für funktionelle Biologie und Medizin einen Artikel über funktionelle Aspekte der Gedächtnisbildung: Verankert werde nur das Wenige, das durch dauernde Reaktivierung erhalten bleibt und sich unter den jeweiligen Rahmenbedingungen aus dem Rauschen neuronaler Aktivität genügend abhebt. Aus dem Diskussionskreis Hirnforschung resultierte außerdem 1985 ein Diskussionspapier mit dem Titel „Hirnforschung als interdisziplinäre Herausforderung – Ausgangspunkt Psychiatrie“ mit folgender Argumentation: „Wir müssen unter anderem noch mehr über die Arbeitsweise unseres Gehirns wissen, wenn wir die Wahrscheinlichkeit verringern wollen, dass vermeidbare „typisch menschliche“ Fehler weiterhin in beängstigendem Maß auftreten. Fragwürdige Entscheidungen von Politikern und von Privatpersonen gleichermaßen beruhen häufig auf Sachzwängen, deren Entstehung sich zum Großteil auf Irrtümer des Fühlens und Denkens zurückführen lassen dürfte.“ Erst nach meiner Verbeamtung stellte ich 1989 meinen Habilitationsantrag zum Thema: „Ansatzpunkte einer biochemischen Psychiatrie“. Dieser Antrag wurde zwar pro forma gutgeheißen, aber dann in eine Endlosschleife manipuliert, aus der es bisher kein Entrinnen gab. Dass ich mit derartig niederträchtiger, psychischer Gewalt einigermaßen gut umgehen konnte, ohne schwer zu erkranken, verdanke ich den schon erwähnten klugen Psychiatern.

Zeitweiser Einstieg in die Politische Psychologie

1992 schrieb ich mir den Frust von der Seele mit einem Artikel „Exponentielles Mengenwachstum und qualitative Desinformation im Wissenschaftsbetrieb“ in Heft 3/92 von PP-Aktuell, S. 171 - 179. Thematisiert wurden
„I. Eigennutz und Theorienqualität im Forschungshandeln,
II. Irrationale Elemente des Wissenschaftsprozesses,
III. Ein Beispiel: Heuristik der biochemischen Psychiatrie und
IV. Ansatzpunkte möglicher Regeneration“
mit folgendem Appell zum Schluss: „Ein individueller Beitrag zur Verwirklichung sinnvollerer, nützlicherer und irrtumsfreierer Forschung könnte darin bestehen, dass jeder Spezialist die Bereitschaft und kommunikative Kompetenz entwickelt, auf übergeordneter Ebene in offener Auseinandersetzung nachprüfbar und überzeugend darzulegen, welche Beiträge sein Spezialgebiet für eine gemeinsame Bewältigung komplexer Fragestellungen beisteuern könnte. Niemand darf sich so abschotten können, dass er trotz fehlerhaften Vorgehens unangreifbar und unkorrigierbar wird. Solange durch eine intensive Rückkopplung der Kontakt zur Allgemeinheit aufrechterhalten wird, in deren Interesse man schließlich forscht, solange wird man auch die wirklich dringenden Aufgaben nicht aus den Augen verlieren.“
1994 entschied das Obergerverwaltungsgericht Hamburg, die fehlerhafte Ablehnung der Habilitation zurückzunehmen und unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung des Gerichts neu zu bescheiden. Doch im Fachbereich Medizin blieb es bei der Ablehnung.

Einsatz im wissenschaftlichen Personalrat (WPR) für die Beschäftigten

Im Rahmen meiner Mitgliedschaft im WPR kam eine zunehmende Zahl von Mobbingbetroffenen auf mich zu. Es hatte sich herumgesprochen, dass ich mich darum bemühte, beklagenswerte Missstände abzustellen. Aufgrund der Erfahrungen mit dem 1993 von der Hamburger Morgenpost aufgedeckten UKE-Strahlenskandal warb ich für einen offeneren internen Umgang mit Fehlern. Daraufhin wurde das ausgrenzende Verhalten gegen mich auf die Spitze getrieben. Durch Rücktritt und

Neuwahl wollte der WPR meine weitere Mitwirkung verhindern. Ich erschien nicht mehr auf den Wahllisten des Marburger Bundes und der ÖTV. Niemand hatte wohl für möglich gehalten, dass ich mit einer eigenen Liste kandidieren könnte, für die ich 100 Stützunterschriften sammeln musste. Ich machte das Angebot, im UKE für einen Neuaufbau sorgen, wenn meine Assistentenliste Reform im UKE mit einer Stimme im neu gewählten WPR vertreten sein würde. Zur Untermauerung diente ein Artikel in der Zeitschrift für Politische Psychologie, Jg 3, 1995, Nr. 1+2, S. 151 - 187 „Korruption im Krankenhaus: Die Tripelhierarchie, ihre Folgeprobleme und mögliche Gegenmaßnahmen“ (Alfred Fleissner, Thomas Kliche und Anna Katharina Dickhaus). Die vertretene Argumentation „**Unser Können Entscheidet**“ wurde mit 40 % der Angestellten-Stimmen und damit vier von zehn Sitzen im neuen Gremium gutgeheißen. Der Kaufmännische Direktor Dr. Behrend Behrends war daraufhin gern bereit, die Einrichtung einer Anlaufstelle zur Lösung von Personalproblemen am Arbeitsplatz zu unterstützen und den Mobbingexperten Leymann als Berater der Personalräte zu engagieren. Auf dessen Veranlassung erfolgte 1995 mein Wechsel von der biochemischen Psychoseforschung in die Konflikt- und Motivationsforschung, in deren Rahmen ich wie ein Professor agieren durfte, ohne mit meinem eigentlichen Habilitationsanliegen bis heute Erfolg zu haben.

Weshalb gibt es kein Mobbingenschutzgesetz in Deutschland?

Man spricht im Prinzip von Mobbing, wenn einzelne Andersdenkende von verbündeten Gegenspielern abgelehnt und in eine unterlegene Position gebracht werden. Durch psychische Gewalt hilflos gemacht erkranken viele in derartigen unlösbaren Stresssituationen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat den mobbingbedingten wirtschaftlichen Schaden auf jährlich 15 bis 25 Mrd. Euro beziffert. Eigentlich sollte man deshalb erwarten, dass der deutsche Gesetzgeber zu einer spezialgesetzlichen Mobbingbekämpfung bereit sein müsste. Bezeichnenderweise haben bisher nur Oppositionspolitiker dafür eine Notwendigkeit gesehen. Seit dem vergeblich eingebrachten Gesetzentwurf der PDS-Bundestagsgruppe vom 24.3.1997 sind sämtliche weiteren Ansätze gescheitert. Mittels Gründung der Initiative für mobbingfreie Gesundheit (www.imgev.eu) wurde vor gut drei Jahren der bislang vergebliche Versuch unternommen, durch Mobbing ausgeübte psychische Gewalt in das Stalking-Gesetz (§ 238 StGB) integrieren zu lassen. Nun hat einer unserer damaligen Mitstreiter, Dr. med. Argeo Bämayr, eine Petition ins Leben gerufen mit der Bitte, sich ihr anzuschließen: <http://change.org/psychischeGewalt>. Als ich im Rahmen der Coronakrise die höchst fraglichen politisch verordneten Ausgrenzungsmaßnahmen als eine Form von Mobbing kritisieren wollte, wurde ich teilweise unterstützt, allerdings aber auch teilweise extrem angefeindet. Breite Bevölkerungsschichten scheinen die Beschneidung ihrer Rechte ohne zu murren hinzunehmen. Wer als völlig gesunder Staatsbürger damit nicht einverstanden ist, riskiert in bestimmten Fällen inzwischen hohe Bußgelder für die Wahrnehmung seiner Menschenrechte. Im Deutschland von 1935 machte der Kabarettist Werner Finck darauf aufmerksam, wie mit unbotmäßigen Menschen umgegangen wurde. Er war verhaftet und vor Gericht gestellt worden, nachdem er den Hitlergruß als aufgehobene Rechte bezeichnet hatte.

Staatsmobbing?

Warum weigert man sich in der Politik, das durchaus genügend vorhandene Verantwortungsbewusstsein der Bevölkerungsmehrheit wertzuschätzen? Warum vertraut man nicht darauf, dass die nun einmal seit vielen Jahren regelmäßig

bestehende Ansteckungsgefahr durch hochinfektiöse Grippeviren mit Abstandhalten, Händewaschen und Daheimbleiben von Erkrankten wirksam verringert wird? Warum wird in diesem Jahr von Politikern allerorten Angst- und Panikmache für notwendig erachtet? Warum bleibt unberücksichtigt, dass diesmal im Gegensatz zu sonst von Kindern bisher nicht die Hauptgefahr ausgeht und Gesunde nur höchst selten schwer erkranken? Der Kognitionswissenschaftler Rainer Mausfeld hat im vergangenen Jahr in seinem Buch „Angst und Macht“ die Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien durch die propagandistische Erzeugung einer vorgeblichen Bedrohung angeprangert. Damit scheint er die Gebrauchsanweisung für einen derart maßlos übertriebenen Umgang mit der alljährlich grassierenden Grippewelle geliefert zu haben. Statt Fridays-for-Future-Versammlungen unter Vermummungsverbot gab es jetzt ein Versammlungsverbot mit Vermummungsgebot. Hinsichtlich der Vermutung, von Staatsmobbing ausgehen zu müssen, ist müßig, nach der Wurzel des Übels suchen zu wollen. Es gibt derer zu viele, und jede für sich taugt leider nicht zum Beweis. Zu den meisten meiner Beispiele höre ich immer wieder: „Das interessiert doch keine Sau!“. Nun trage ich aber selber „Sorge“, gemäß den warnenden Worten von Heinz Leymann bei einem denkbaren Mobbing-Sachverhalt generell zu den Möglichmachern zu gehören, wenn ich nichts dagegen unternehme. Offenbar bedarf es dazu einer deutlichen Sprache:

Staatlich organisierte Ausgrenzung: Wie die Macht verantwortungsloser Heuchler für Millionen Leidtragende „sorgt“

Es gilt, den Staat als Erfüllungsgehilfen von Wirtschaftskreisen und ihren Lobbyverbänden zu erkennen, die daran interessiert sind, viele Errungenschaften in punkto Menschenrechten, Klima, Arbeitsbedingungen, Steuerfluchtbekämpfung und manch anderem zurückzufahren beziehungsweise zu unterlaufen. Leider gehören die meisten Medien offenbar längst im eigenen Interesse in hohem Maße dazu. Verständlicherweise ist ein dem Chefredakteur vom Hamburger Abendblatt bereits **am 03.05.2020** angebotener Leserbrief zum Corona-Wirrwarr ohne Resonanz geblieben: „Wer sich in der Bevölkerung über das Chaos extrem widersprüchlicher Entscheidungen der von renommierten Wissenschaftlern beratenen Politiker wundert, hat das schizophrene Denken von Führungsverantwortlichen zwar zur Kenntnis genommen, aber noch nicht den Mechanismus verstanden, wie fachlich teilweise inkompetente Ehrgeizige übl(ich)erweise an die Macht kommen. Eine simple Frage mag da auf die Sprünge helfen: Welche Chance hat ein verantwortungsbewusster, kritisch eingestellter kluger Mensch gegen konkurrierende skrupellose Heuchler, die plagiierten oder es sogar äußerst raffiniert schaffen, erstklassige Leute zu versklaven und sich an deren Knowhow je nach Gutdünken zu bedienen, um Kritiker mundtot zu machen? Viele Machthaber unserer heutigen Welt lassen grüßen. Die eigene Erfahrung, sich seit vierzig Jahren an der Universität Hamburg trotz im Ursprung großer wissenschaftlicher Anerkennung kaum gegen die überzogen aggressive Ausgrenzung durch machtbesessene Betrüger wehren zu können, aber schließlich als erfolgreicher Buchautor in der Mobbingberatung weitgehend unangreifbar zu sein, rückt eine kurzfristig erreichbare Besserung in der korruptionsanfälligen Politik in weite Ferne. Sogar die eindeutige Feststellung des Bundesverfassungsgerichts vor zehn Jahren, dass die Verletzung des Persönlichkeitsrechts korrigiert werden muss, ist bisher wirkungslos verpufft. Seit der vor mehr als anderthalb Jahrhunderten (1865) erfolgten Psychiatisierung von Semmelweis, dem engagierten Kämpfer gegen das Kindbettfieber, hat sich bei vielen

Halbgöttern in Weiß nur wenig geändert. Noch immer ist eine hohe Dunkelziffer bei den iatrogenen Todesfällen zu vermuten. Die heute bei aufgedeckten Fehlern verbreitet als Entschuldigung vorgebrachte Ausrede „hinterher ist man immer schlauer“ ist da eigentlich nur als Hohn zu verstehen. Man hatte es oft genug sehr wohl besser wissen können. Anscheinend kam die Corona-Krise den von der Jugend heftig gescholtenen Politikern aktuell wie gerufen. Mit der ablenkenden Überreaktion, man müsse die Alten und Kranken unter Inkaufnahme wirtschaftlicher Risiken vor möglichen Infektionen schützen, konnten dringende Umweltschutzforderungen erst einmal wählerwirksam in den Hintergrund gerückt werden. Die Frage, weshalb nicht bereits nach mehr als 25000 Grippetoten 2017/18 in Deutschland verantwortungsbewusster gehandelt wurde, wird wohl unbeantwortet bleiben.“

Übrigens: Wenn Deutschland die von K. vorgeworfenen Fehlleistungen vermieden hätte, wären viele andere Staaten wahrscheinlich gern einem solchen guten Beispiel gefolgt. Mit dem gängigen, aber angesichts der vorhandenen medizinischen Infrastruktur äußerst fragwürdigen Argument, dass Deutschland ohne die übertriebenen Maßnahmen der Regierenden viel schlimmer betroffen wäre, könnte ich, sollte jemand behaupten, K. würde doch gar nicht gemobbt werden, analog ebenso fragwürdig in Anspruch nehmen, dass es Stefan K. viel übler ergangen wäre, hätte ich diesen offenen Brief nicht geschrieben. Und wer ihn für den wahrscheinlich noch zunehmenden Rechtsruck in Deutschland mitverantwortlich machen möchte, darf mir jetzt auch getrost vorwerfen, ich hätte implizit vorgeschlagen, nun in Coronazeiten vermehrt den rechten Arm zu heben, anstatt die Hand zu schütteln.

Mit den besten Grüßen

Dr. rer. nat. Alfred Fleissner

Biochemiker und Kognitionswissenschaftler

Vorsitzender von KLIMA e. V. (www.mobbing-abwehr.de)

dr.fleissner@konflikt-loesung.de